

**Gastkommentar.** Deutschland hat ein neues Regierungsteam. Wie stehen die Chancen einer Wiener „Ampel“-Koalition?

## Von Berlin lernen

VON PETER PELINKA

Die Ära Merkel ist zu Ende – und damit die Versuche ihrer Partei, weiter an der Macht zu bleiben. Jetzt startet wieder ein Experiment, diesmal nicht bloß rot-grün gefärbt, sondern mit gelber Beimischung. Ein Muster auch für Österreich?

Johannes Kunz hat in der „Presse“ (25. 11.) noch einmal die Ausgangslage für (unwahrscheinliche) Neuwahlen in Österreich zitiert: Laut jüngster – seriöser – Umfrage liegt die SPÖ bei 25 Prozent, die ÖVP mit 24 Prozent erstmals seit 2017 dahinter, die Grünen bei 13, die FPÖ bei 20, die Neos bei 10. Natürlich nur eine Momentaufnahme, speziell in Pandemiezeiten keine Handlungsanleitung für taktische Spielchen. Aber von strategischem Interesse: Es gibt keine klare Mitte-rechts-Mehrheit mehr auf Bundesebene, ein Mitte-links-Lager wäre ungefähr gleich groß. Zwar gibt es dieses Lager nur theoretisch, die Grünen befinden sich noch (?) in einer Regierung mit der ÖVP, und die Neos würden wohl ebenso lang schwanken wie die FDP. Die Bildung einer linksliberalen Ampel ist aber realistischer als die Fiktion des Wiederauflebens einer schwarz-blauen Achse, nach Ibiza, den „Kurz muss weg!“-Rufen der blauen Basis und dem irrlichternden Wirken des Pferdeflüsterers an der FPÖ-Spitze.

### Comeback unwahrscheinlich

Was geschieht mit der Mehrheitspartei? Ein Comeback des jetzigen Parteichefs an die Regierungsspitze scheint unwahrscheinlich, mehr aus emotionalen als aus juristischen Gründen. Da seien zwei eindrucksvolle Dokumentationen vom Mittwoch zitiert (ORF1, in der TV-Thek abrufbar): Der wie stets grandiose Hanno Settele fand in seiner „Wahlfahrt“ durch ganz Österreich nur wenige Menschen, die an Kurzens Wiederkehr glauben, die meisten – gerade auch viele seiner ehemaligen Wähler – zeigten sich enttäuscht bis verbittert. Und gleich darauf wurde klar, wa-

rum: „Der begabte Herr Schmid“ zeichnete den etliche Jahre geplanten und skrupellos durchgezogenen Aufstieg einer Gruppe junger unideologischer Karrieristen nach, die sich einem einzigen Wert verpflichtet fühlten: Machtgewinn und -erhalt für sich selbst und ihren Primus inter Pares. Ihr Pech: Dieser eben doch nicht allseitig begabte Thomas Schmid offenbarte mit seinen freimütig versandten und meist zustimmend beantworteten Chats, in denen sie auch über die „alten Deppen“ in der eigenen Partei herzogen, die arrogante Selbstgefälligkeit einer ganzen Clique. Allein die Sorge, das noch amtierende Regierungsduo Kern & Mitterlehner („Linksdilletant und riesen Oarsch“) könne mit einer Einigung über den Ausbau der Kinder-Ganztagsbetreuung einen Erfolg für seine Regierung landen, wirkt wohl nachhaltiger als die juristisch zu prüfenden Vorwürfe.

Das Auffliegen dieser ethischen Gesinnung müsste eigentlich jenen Kern der christlich-sozialen schwarzen Staatspartei dazu bringen, den türkisen Anstrich abzuwaschen und sich in einen – nicht nur von Kunz geforderten – politischen Neustart einzubringen.

Wie rasch das gehen kann? Das wird auch von der Glaubwürdigkeit abhängen, mit der an einem alternativen linksliberalen Bündnis gearbeitet wird. Die Grünen müssten dazu als Vorleistung schon beim kommenden parlamentarischen U-Ausschuss jene Standhaftigkeit aufbringen, mit der sie letztlich doch noch Kurz auflaufen ließen. Die Neos müssten ihre oft als Selbstgerechtigkeit empfundene Position als reine Kritikafter (Impfpflicht) ablegen. Die SPÖ ihr Talent zur Selbstbeschädigung durch interne Personaldiskussionen. Und alle drei könnten aus Berlin lernen, wie man ernsthaft und diskret verhandelt, ohne egoistische Eifersüchtelei und automatische Führungsanspruch.

**Dr. Peter Pelinka** (geboren 1951) ist Journalist und Gesellschafter der Medien-Trainingsfirma Intomedia.

ENDLICH!  
GRÜNE WASSERSTOFFBOMBEN  
AUS WINDKRAFT



## Warum der Umstieg auf Erneuerbare nicht genug ist

**Agenda 2030.** Wenn das bei der COP26 beschlossene 1,5-Grad-Ziel halten soll, braucht es einen raschen Umbau des Energiesystems.

VON HELGA KROMP-KOLB  
UND NATHALIE SPITTLER

Was muss geschehen, um das Klimaziel zu erreichen? Wir müssen weg von fossilen und hin zu erneuerbaren Energieträgern. Konsequenterweise hatte der Entwurf zum Abschlussdokument von Glasgow auch den Ausstieg aus Kohle vorgesehen; auch wenn Indien und China eine Abschwächung erzwangen, ändert dies nichts an den Notwendigkeiten und kann die Entwicklung höchstens verzögern, nicht aufhalten. Phase-out von Öl und Gas werden folgen.

Im Gesamtkontext betrachtet genügt allerdings der Wechsel der Energieträger nicht, es müssen zusätzliche Kriterien sowie soziale Aspekte beachtet werden. Zwei dieser Kriterien sind besonders wichtig: Effizienz und Suffizienz. Lang in nationalen Strategien übersehen und auch in Österreich mittels eines mehr als nur indirekten und letztlich auch ineffizienten Energieeffizienzgesetzes geregelt, kommt Effizienzsteigerungen in der gesellschaftlichen Transformation doch eine zentrale Rolle zu. Ohne Effizienzsteigerungen – und hier sind sich die für Österreich erstellten Studien zur Energie-Entwicklung bis 2030 bzw. 2050 einig – werden erneuerbare Energien weder schnell genug noch in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Ein Drittel bis zur Hälfte des derzeitigen Energieverbrauchs kann durch Effizienzmaßnahmen eingespart werden, so der Befund.

Effizienz kann auf verschiedenen Ebenen gesteigert werden und sowohl Ressourceneinsparungen ermöglichen als auch dazu beitragen, das Klima zu schützen: Prozessoptimierungen in der Industrie sind wichtig und meist auch ökonomisch attraktiv, aber der verbleibende Spielraum ist vergleichsweise gering und kann nur durch technologische Innovationen wesentlich erweitert werden. Weil Energieeffizienzgewinne oft mit Materialinvestitionen einhergehen, muss stets der gesamte Lebenszyklus der Produkte betrachtet werden, denn nur dann lässt sich feststellen, wie viel Ressourcen wirklich eingespart werden.

Lukrative Möglichkeiten ergeben sich allerdings durch Sektorkopplung, und erfreulicherweise

haben sich in Österreich einige potente Partnerschaften gebildet, die international Potenzial haben. Diesbezüglich nennenswert sind cross-sektorale Initiativen, die industrielle Klima- und Kreislaufwirtschaftsstrategien integral verknüpfen, wie z. B. „Carbon2Products Austria – C2PAT“ von Lafarge, OMV, Borealis und Verbund oder „Hydrogen & Carbon Management Austria – HCMA“ von Voestalpine, Verbund, Borealis, RAG. Unter Nutzung erneuerbarer Energie zielen beide Initiativen auf die Etablierung industriell-zirkulärer Kohlenstoffströme („CO<sub>2</sub> capture & utilization“) und die Herstellung und Nutzung von speicherbaren grünen Gasen (grüner Wasserstoff, grünes Methan) oder Flüssigkeiten (grünes Methanol) ab. Entsprechende Unterstützung durch Bund und Länder wird nötig sein, denn Innovation setzt Anfangsinvestitionen voraus, die in dem leider immer noch unsicheren Energieumfeld Österreichs die Risikobereitschaft und Leistungsfähigkeit der beteiligten Firmen übersteigen.

Auf individueller Ebene kann Energieeffizienz durch die

### PIZZICATO

#### Im Schlafbus

Wer kennt das nicht? Kaum setzt man sich im Autobus nieder, sorgt das Brummen des Motors, das monotone Grollen der Räder, das Du-tum-du-tum der Fugen im Asphalt für jene Kulisse, in der man nur eines tun möchte: schlafen, schlafen, und nochmals schlafen. Ermattet lässt die Hand das Zeitungsfeuilleton sinken, jungfräulich bleibt der Buchrücken des eigens mitgebrachten ziegeldicken Klassikers der Jahrhundertwende, kein hungriger Zahn nagt am sorgsam in Wachspapier eingeschlagenen Wurstbrot, und dieser aufregende Podcast, von dem alle, wirklich alle schwärmen? Er bleibt vorerst ungehört in den Mikroprozessortiefen des Telefons. Der Autobus, Morpheus' profanes Gefährt? Ein Reiseunternehmen in Hongkong hat sich diese Einsicht in das sedierende Wesen des Massentransits zu Herzen genommen und in eine kommerzielle Unternehmung gewandelt. Gegen Geld kann man sich fünf Stunden lang in einem Bus durch die Stadt kutschieren lassen, um in den Schlaf gelullt zu werden. An Bord gilt strenges Schweigegebot, die Fahrgäste erhalten Ohrenschutz und blickdichte Augenbinden, um sie von erweckenden Reizen abzuschirmen. Litt Hongkong nicht unter der Knute der Kommunistischen Partei Chinas, wir buchten stehenden Fußes ein Jahresticket: um zu schlafen – bis der Lockdown vorüber ist. (GO)

Reaktionen an: [oliver.grimm@diepresse.com](mailto:oliver.grimm@diepresse.com)

### LESERPOST

**Leserbriefe bitte an:**  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
[leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

#### Ganze Branchen feiern Tag der offenen Tür

Zum Lockdown Nr. 4

Bei jedem weiteren Lockdown ergeben sich neue Schlupflöcher. Die Verwandlung von Lebensmittelgeschäften in Warenhäuser kennen wir schon. Gleich neben den Schokobananen warten Waschmaschinen auf neue Besitzer. Auch die volle Palette eines dänischen Spielwarenherstellers gibt es im Supermarkt zu kaufen. Folge: Durch die engen Gänge quetschen sich jetzt weit mehr Kunden als vor dem Dichtmachen der Geschäftswelt. Mit der frisch erworbenen Puppenküche unter dem Arm ziehen Strickfans gleich weiter in den geöffneten Blumenhandel. Dort gibt es Wolle plus

Zubehör in feinsten Qualität. Unter dem Deckmantel der diesmal per Verordnung erlaubten Beratung feiern ganze Branchen Tag der offenen Tür. Vom Kleidermacher bis zum Tischler. Während wir vor versperrten Friseurläden stehen, dürfen wir den Energetiker des Vertrauens aufsuchen. Auch die Astrologin wartet auf unseren persönlichen Besuch. Ihr Blick in die Zukunft ist diesmal entbehrlich, denn selbst der Laie erkennt: So ein knieweicher Lockdown kann keinen nachhaltigen Erfolg zeigen. **Dr. Wolfgang Geppert**, 1010 Wien

#### „Erneuerbar“ muss nicht „nachhaltig“ bedeuten

„Mit den Wölfen geheult“, Replik von Johannes Schmidl auf... das angeblich klimaneutrale Heizen mit Holz“ v. Kurt Kotrschal, 22. 11. Schmidls Replik zeigt, dass die Diskussion um die Dekarbonisierung unseres Energiesystems zu eng geführt wird. Energiewende ist mehr als das bloße Substituieren von fossiler Energie durch er-

neuerbare. Jede Form der Energiegewinnung ist mit negativen Umwelt- und sozialen Auswirkungen verbunden. Spätestens seit Hainburg ist das im Falle der Wasserkraft allgemein bekannt. Aber auch die energetische Nutzung von Biomasse bringt Zielkonflikte mit sich. Sollten Wälder in erster Linie als Kohlenstoffsinken und zur Aufrechterhaltung der Biodiversität genutzt werden oder als Energieressource, um damit fossile Energie zu ersetzen?

Der im Juni an die Öffentlichkeit gelangte Entwurf der „EU Forest Strategy“ beschäftigte sich ausführlich mit der Rolle von Wäldern als Kohlenstoffsinken und wenig mit holzbasierten Produkten. Die folgende Intervention der Land- und Forstwirtschaftslobby war erfolgreich und bewirkte eine stärkere Betonung von Wäldern als Lieferant erneuerbarer Energie. Aber auch die Diskussion um erneuerbar oder nicht ist zu kurz ge-griffen, weil „erneuerbar“ noch lang nicht „nachhaltig“ bedeuten muss.



Bereitstellung hocheffizienter Energiedienstleistungen erreicht werden. Allerdings fallen in dem auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftssystem die realen Einsparungen wegen sogenannter Rebound-Effekte oft wesentlich geringer aus als errechnet. Beispielsweise haben die beachtlichen Effizienzsteigerungen bei Motoren zum Kauf größerer und schwererer Fahrzeuge geführt (der Anteil der SUVs nimmt in Österreich auch in Städten stetig zu) und zu mehr gefahrenen Kilometern. Somit sind durch den Rebound-Effekt keine Einsparungen vorhanden beziehungsweise sind sie weit geringer als ursprünglich angenommen.

### Bloß keine Heizschwammerln!

Der Fokus auf Effizienz sollte nicht verhindern, dass energieärmere Lösungen berücksichtigt werden: Eine noch so effiziente elektrische Wäschetrocknung kann mit der Wäscheleine hinsichtlich Umweltfreundlichkeit nicht mithalten. Während es unbestritten ist, dass Wäsche getrocknet werden muss, gibt es viele Anwendungen, deren Notwendigkeit bezweifelt werden kann – etwa Heizschwammerln für Terrassen. Daher ist es sinnvoll, nicht nur danach zu fragen, wie die benötigte Energie am effizientesten zur Verfügung gestellt werden kann, sondern auch zu hinterfragen, wie viel Energie wofür tatsächlich benötigt wird.

Weil aber jedes Energiesystem auf eine stoffliche Basis angewiesen ist und diese auf dieser Erde begrenzt ist (siehe Artikel 3 dieser Serie, 12.11.2021), muss neben der Effizienz auch das Prinzip der Suffizienz beachtet werden. Auch Technologien, die zur Nutzung erneuerbarer Energien (z. B. Wind und Sonne) benötigt werden, sind auf stoffliche, nicht erneuerbare

### DIE AUTORINNEN

**Helga Kromp-Kolb** ist emeritierte Universitätsprofessorin für Meteorologie und Klimatologie an der Boku, wo sie auch das Zentrum für Globalen Wandel und Nachhaltigkeit gründete und leitete. Sie war maßgeblich an der Gründung des Climate Change Centers Austria (CCCA) sowie der Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich beteiligt und ist Mitglied des UniNetz-Lenkungsausschusses.

**Nathalie Spittler** arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für globalen Wandel und Nachhaltigkeit an der Boku. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf systemdynamischer Modellierung und der Erfassung kurz- und langfristiger Synergien und Zielkonflikte, die sich zwischen SDG13 (Klimaschutz) und den anderen SDGs ergeben.

Ressourcen wie Metalle, seltene Erden oder Fläche angewiesen. Und manche erneuerbaren Energien beruhen auf sich regenerierenden Ressourcen, wie z. B. Biomasse und Hochtemperatur-Geothermie und dürfen daher nicht in kürzerer Zeit aufgebraucht werden, als sie zur Regeneration benötigen, soll eine nachhaltige Nutzung gewährleistet werden. Daher sind auch erneuerbare Energien mit Bedacht einzusetzen – der Slogan „Die Sonne schickt keine Rechnung“ etwa verleitet zu Fehlverhalten.

In Österreich liegt der durchschnittliche Pro-Kopf-Primärenergieverbrauch deutlich über dem Suffizienzniveau. Nichtsdestotrotz können sich auch in Österreich viele arbeitsbetroffene Menschen selbst die Grundversorgung mit Energie (vor allem Raumwärme) nicht leisten. Faktoren wie soziale Herkunft, Ethnizität und Gender spielen eine wichtige Rolle. Spricht man von einem nachhaltigen Energiesystem, dürfen dementsprechend zusätzlich zu den zahlreichen ökologischen, ökonomischen und technischen Kriterien soziale Kriterien nicht außer Acht gelassen werden. Zum einen, weil sie die Treiber des Energiesystems sind, und zum anderen, weil sie zentrale Elemente einer nachhaltigen Entwicklung sind. Ein nachhaltiges Energiesystem muss im Sinne von „Leave No One Behind“ soziale Ungleichheiten ausgleichen. Ein Beispiel wären Ausgleichszahlungen im Zuge der ökosozialen Steuerreform. Allerdings gilt es hier zu beachten, dass der Ausgleich nur so lang stattfindet, solange es fossile Energieträger gibt und dadurch Ungleichheiten nicht langfristig ausgeglichen werden. Es zeigt, dass zusätzlich zur ganzheitlichen Betrachtung ebenso die langfristige Perspektive wichtig ist, um zu beurteilen, wie nachhaltig das Energiesystem auch in der Zukunft ist.

Dieser Text ist Teil einer Artikelreihe, die das UniNetz an dieser Stelle jeden Freitag publiziert. Die Allianz Nachhaltiger Universitäten in Österreich hat 2019 ein Projekt unter dem Titel „UniNetz – Universitäten und nachhaltige Entwicklungsziele“ entwickelt.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

### Noch mehr Diskurs und Kommentare online:

„Ist Europa am Rande?“ – Der russische Botschafter Dmitrij Ljubinskij schreibt über Wladimir Putins Außenpolitik und seine Beziehung zu Europa. [diepresse.com/meinung](https://www.diepresse.com/meinung)

Saubere Energie erfordert schmutzige Deals: Wasserkraftdämme schaden der Biodiversität und tragen wenig zum Klimaschutz bei. Erneuerbare Energie verändert die Landnutzung. Der Abbau von seltenen Erden und Mineralien für sauberen Strom ist mit massiven negativen Auswirkungen verbunden – freundlicher Weise größtenteils außerhalb Europas. Auch auf die Teller-Trog-Treibstoff-Problematik muss in diesem Zusammenhang verwiesen werden. Dafür wird man doch noch den Bleistift spitzen dürfen? **Dr. Norbert Wohlgemuth**, Universität Klagenfurt

### Gesundheit als politische Währung missbraucht

„Impfpflicht: Wer dafür und wer dagegen ist“, von Marin Fritzl und Ulrike Weiser, 24. 11. Diese Pandemie stellt uns als Gesellschaft vor eine simple Frage: „Seid ihr alle bereit, euren Beitrag zu leisten?“ Die FPÖ hat sich dazu entschieden, die Frage mit „Nein“

zu beantworten und einen Keil in ebendiese Gesellschaft zu treiben. Ich habe nun mehrere Menschen an diese Pandemie verloren, und mein persönlicher Geduldssaden ist in dieser Debatte gerissen. Denn die Gesundheit der Bevölkerung darf im politischen Geschäft keine Währung sein, und die Impfung ist der einzige (!) zielführende Weg aus der Krise. Die FPÖ sieht ihre Anti-Impf-Haltung als patriotischen Akt: Das ist falsch, echte Patrioten stellen den Schutz ihrer Mitmenschen an erste Stelle. **Roman Markhart**, 3430 Tulln

### Kein Zusammenhang?

„Eine unsinnige Art des Lockdowns“, Gastkommentar von Wilhelm Hanisch, 24. 11. Herr Hanisch sieht keinen Zusammenhang zwischen Impfpflicht und Covid-Infektionen. Ich greife dabei nur ein von ihm angeführtes Beispiel heraus: Belgien. 45% der Intensivpatienten sind geimpft. Das heißt aber, 55% sind ungeimpft. Bei einer Impf-

quote von 75% – man kann es leicht ausrechnen. Die Wahrscheinlichkeit, als Ungeimpfter auf die Intensivstation zu kommen, ist 3,7-mal so hoch wie als Geimpfter.

PS: Eine kurze Rechnung: 75% geimpft, 25% ungeimpft. Bei 1000 Personen auf der Intensivstation sind 450 geimpft, 550 ungeimpft:  $450:750=0,6$   $550:250=2,2$ ;  $2,2:0,6=3,7$  fertig. Kein Zusammenhang?

**DI Roman Gauklitz**, 1230 Wien

### Unberechtigter historischer Vergleich

„Wie die Missachtung der Verfassung in die Katastrophe führte“, „Quergeschrieben“ von Gudula Walterskirchen, 22. 11.

Der Historikerin und viel beachteten Buchautorin ist hier insoweit zu widersprechen, als die gedankliche Weiterführung der innenpolitischen Katastrophen von 1933 und 1934 im Jahre 2021 keinesfalls als erneute Bedrohung des Rechtsstaates anzusehen ist. Denn diesmal handelt es sich nicht um eine

politische, sondern um eine vielfach lebensbedrohende Pandemie, wie sie seit Bestehen der Zweiten Republik noch nie durchgestanden werden musste. Nicht immer sind historische Vergleiche zielführend und berechtigt. Es werden „die Zügel gestrafft“ (© Kanzler Schallenberg), aber keinesfalls um den Hals der Bürger gelegt. **Mag. Georg Reichlin-Meldegg**, 2371 Hinterbrühl

### Starten Sie eine nationale Impfkampagne!

„... und eine Impfpflicht als Ausdruck des Scheiterns“, LA von Rainer Nowak, 20. 11. Rainer Nowak schreibt, wir müssten noch genau aufarbeiten, wie es mit der Pandemie so weit kommen konnte (4. Lockdown, Impfpflicht). Richtig, aber bitte ohne weiter die alleinige Schuld bei der Politik zu suchen. Da gibt es noch das stets aggressiver werdende Virus, die im Europa-Vergleich katastrophal schlechte Impfbereitschaft in Österreich, die sich durchaus

widersprechenden Virologen und Experten, die z. T. jetzt im Nachhinein alles schon immer gewusst haben, und die Medien, die (außer Politiker-Bashing) in dieser Gesundheitskrise deutlich zu wenig zur Verbesserung der Impfbereitschaft der Bevölkerung beigetragen haben. Ich fordere die Medien auf, eine nationale Impfkampagne für Ungeimpfte zu starten mit dem Ziel, bis 1. 2. 2022 80 Prozent Geimpfte in Österreich zu erreichen. **Dkfm. Dieter Sauerermann**, 1190 Wien

### IMPRESSUM: DEBATTE

**Leitung:** Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.  
**Twitter:** @media\_wall  
**Online:** Stefanie Kompatscher  
**E-Mail:** [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)  
**Redaktion Leserbriefe:** Henriette Adrigan, Ursula Mayer  
**E-Mail:** [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)  
**Debatte Online:** [diepresse.com/meinung](https://www.diepresse.com/meinung)  
**Debattenbeiträge** müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.  
**Leserbriefe:** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

## QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



# Die Angst des Politikers vor dem Wähler freut das Virus

Die Pandemie zeigt: Österreichs politische Klasse ist völlig krisenfest – solange es keine Krise gibt halt.

Es sind manchmal die kleinen, für sich genommen unbedeutenden Episoden, die ein politisches Problem besser beleuchten als jede noch so kluge Analyse. Eine derartige Episode war zu beobachten, als der Gesundheitsminister der Republik ein wenig verspätet zum vorwöchigen Krisengipfel in den Tiroler Bergen eintraf, weil sein E-Auto die Entfernung nicht ohne zeitraubendes Nachladen geschafft hatte.

Daran ist bemerkenswert, dass die laut Verfassung zentrale Schlüsselfigur des Landes in der Bekämpfung einer Pandemie nicht etwa mit einem Helikopter zeitsparend von Termin zu Termin

Der Umstand, dass hier politische Leichtmatrosen am Werk sind, beschert dem Land einen partiellen Kontrollverlust.

Warum verhält sich ein Politiker so? Zu vermuten ist, wie die langjährige Erfahrung mit derartigen Fällen zeigt: weil er sich davor fürchtet, von den Medien für den – an sich völlig sinnvollen – Flug mit dem Helikopter durch den Kakao gezogen zu werden; oder auch schon für die Benutzung einer reichweitenstarken schweren Limousine gescholten zu werden.

Diese Angst ist dem Wissen um die eigene Schwäche geschuldet. Wer erfolgreich ist, als erfolgreich wahrgenommen wird und in einer Krise unheimlich schnell handeln muss, wird sich genau null darum scheren, wer was über ihn (oder sie) unkt. Der Gesundheitsminister freilich weiß, wie so viele seiner Kollegen, dass er so nicht wahrgenommen wird, ganz im Gegenteil, und ist daher von der öffentlichen Meinung stark abhängig. Das schränkt natürlich die Möglichkeiten, in einer Krise schnell unpopuläre Entscheidungen zu treffen, stark ein und führt stattdessen zu Zaudern und Zögern, wie es diesen Herbst zu beobachten war.

Der Gesundheitsminister ist da keine Ausnahme. Ein erheblicher Teil der Regierung, aber sogar auch der Opposition, verfügt über viel zu wenig politischen Kredit und viel zu wenig politisches Gewicht, um sich entschieden gegen die öffentliche Meinung wenden zu können, wo es notwendig ist. Der Umstand, dass

hier zu einem erheblichen Teil politische Leichtmatrosen am Werk sind, beschert dem Land einen Zustand des partiellen Kontrollverlustes. Im Normalbetrieb ist das ärgerlich, aber nicht fatal. In einer existenziellen Gesundheitskrise führt es dazu, dass das politische System zu langsam handelt, weil alle das Risiko scheuen.

Hinter dieser beschränkten Handlungsfähigkeit des politischen Systems steht freilich der Umstand, dass ein erheblicher Anteil der politischen Klasse dort wesentlich höhere Einkommen erzielt, als dies in der Wettbewerbswirtschaft möglich wäre. Das führt dazu, dass keiner dieser Akteure das Risiko des

Amtsverlustes eingehen will, das mit dem Treffen notwendiger, extrem unbeliebter Entscheidungen verbunden ist, jedenfalls solange sich das vermeiden lässt.

Hätten wir auch nur eine Handvoll erfolgreicher Unternehmer, Primärärzte, Rechtsanwälte oder Manager in politischen Spitzenfunktionen, wäre das völlig anders. Wer weiß, dass er

(oder sie) jederzeit wieder in seinen Brotberuf zurückkehren kann, und dort vermutlich auch noch deutlich mehr verdient als in der Politik, wird viel eher geneigt sein, im Notfall möglichst früh möglichst effizient zu entscheiden, auch wenn das hohe politische Risiken in sich birgt.

Wir werden daher als Learning aus dieser Krise mitnehmen: Um die Republik krisenfester zu machen, wird es notwendig sein, wieder mehr Erfolgreiche (außerhalb der Politik, bitte), ganz Unabhängige (wirtschaftlich, aber auch von der Reputation her) und Führungserfahrene (ohne Entscheidungsängste) in Spitzenpositionen der Politik zu bringen. Sonst wird das nichts.

Umso mehr, als am Horizont auch nach Corona andere herausfordernde Probleme warten, von geostrategischen Krisen über die nächste Finanzkrise, ausgelöst durch die aufgehäuften Schuldenberge, und schließlich bis zu anderen Pandemien. Dies ist definitiv nicht die Zeit für Leichtmatrosen auf der Brücke.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

**Zum Autor:** Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

**Morgen in „Quergeschrieben“:** Anneliese Rohrer